Ratsvorsitzende Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und teilt mit, dass hierzu ein Antrag der Gruppe CDU/FDP vom 28.03.2017 vorliegt, der folgenden Wortlaut hat: „Die Verwaltung wird beauftragt, ein erfahrenes Planungsbüro mit einem Konzept für einen Ersatzneubau zu beauftragen. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Konzepterstellung werden in 2017 bereitgestellt. Auf der Basis eines mit der Politik abgestimmten Konzeptes ist eine Kostenschätzung einzuholen und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen. Für die Finanzierung des Projektes darf die Samtgemeindeumlage nicht erhöht werden.“

Gruppenvorsitzender Uphoff erläutert im Namen der Gruppe CDU/FDP, dass im Ausschuss Einigkeit darüber bestand, dass die Finanzierung des Hallenbades ohne Erhöhung der Samtgemeindeumlage erfolgen soll. Dieses wird durch die Beschlussergänzung noch einmal verdeutlicht. Eine Erhöhung der Samtgemeindeumlage würde gerade die kleineren Mitgliedsgemeinden besonders treffen. Sie müssten dann ggfls. bei den freiwilligen Ausgaben sparen.

Anschließend entwickelt sich im Samtgemeinderat eine kontroverse und ausgiebige Diskussion.

Ratsmitglieder der Mehrheitsfraktionen sprechen sich dagegen aus, dass die Beschlussvorlage um den Satz „Für die Finanzierung des Projektes darf die Samtgemeindeumlage nicht erhöht werden“ ergänzt werden soll. Es ist nicht abzusehen, welche Konsequenzen es hätte, wenn die Samtgemeindeumlage erhöht werden müsste. Wenn eine Erhöhung der Samtgemeindeumlage nicht in Betracht kommt, wäre der Satz überflüssig. Ferner sollte die Erhöhung der Samtgemeindeumlage nicht mit einem Einzelprojekt in Zusammenhang gebracht werden. Sonst müsste man bei anderen Projekten entsprechend verfahren. Die Anhebung oder Senkung der Samtgemeindeumlage hängt immer mit dem Gesamthaushalt zusammen. Eine Erhöhung der Samtgemeindeumlage kann von vornherein nicht ausgeschlossen werden, sie sollte jedoch das letzte Mittel sein. Im Fachausschuss war die Erhöhung der Samtgemeindeumlage als eine mögliche Finanzierung gedacht. Es wird positiv hervorgehoben, dass es seit 2012 trotz steigender Ausgaben gelungen ist, die Samtgemeindeumlage nicht zu erhöhen. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass ein Ersatzneubau des Hallenbades in Angriff genommen werden soll. Schwimmunterricht der Grundschulen und Kindergärten ist sehr wichtig. In der Fachausschusssitzung wurde betont, dass der Standort des Hallenbades in Ankum nicht zur Diskussion steht. Die Samtgemeinde Bersenbrück hat mit Ankum und Bersenbrück zwei gleich starke Kommunen. Die Pläne für eine Hallenbaderweiterung beim Freibad Bersenbrück waren als Erholungsbecken für den damaligen Saunabereich vorgesehen.

Von den Ratsmitgliedern der Gruppe CDU/FDP wird festgestellt, dass das Hallenbad aus dem Gesamthaushalt und nicht über eine Anhebung der Samtgemeindeumlage finanziert werden soll. Es wird darauf hingewiesen, dass der Samtgemeindehaushalt 2017 nur durch die Sonderzahlung des Landkreises ausgeglichen werden konnte. Aufgrund der erhöhten Ausgaben im Kita-Bereich in den Jahren 2017/2018 ist es sinnvoll, sich jetzt schon Gedanken zu machen, dass für den Ersatzneubau des Hallenbades die Samtgemeindeumlage nicht erhöht werden soll. Es wird auch auf den

Altfehlbetrag von ca. 4,8 Mio. Euro (Stand Ende 2016) aus der Kameralistik hingewiesen, der in den nächsten Jahren noch abgebaut werden müsse.

Ratsherr Klütsch erwähnt, dass im Rahmen der Sanierung des Freibades Bersenbrück im Jahr 2010 angedacht war, das Freibad um ein Hallenbad mit einem Innen- und Außenschwimmbecken zu erweitern. Im Augenblick geht es um die Planung für einen Ersatzneubau des Hallenbades und die Kostenschätzung. In diesem Zuge sollte man auch die Kosten (Bau- und Betriebskosten) für die Alternativplanung beim Freibad Bersenbrück ermitteln.

Ratsherr Krusche und Ratsfrau Middelschulte stellen fest, dass bis auf den letzten Satz die Beschlussempfehlung des Fachausschusses mit dem Antrag der Gruppe CDU/FDP identisch ist. Sie schlagen vor, zunächst über den Ergänzungssatz der Gruppe CDU/FDP und dann über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses abzustimmen.

Nach weiterer Diskussion lässt Ratsvorsitzende Droste zunächst über den Antrag der Gruppe CDU/FDP abstimmen. Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück mit 21 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen folgenden Beschluss: